

Haushaltsrede 08.

Stand 912.07

Sehr geehrter Herr Landrat,

verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen im Kreistag.

Wenige Monate nachdem wir den Haushalt des laufenden Jahres verabschiedet haben, beraten und beschließen wir ein zweites Mal in diesem Jahr über einen Haushaltsplan, den 2. im NKF.

Ebenso verabschieden wir heute erstmals die Eröffnungsbilanz.

„Gemeindefreundlich,

nachhaltig,

zukunftsorientiert“

so, sehr geehrter Herr Landrat, haben Sie den Haushaltsentwurf 08 inhaltlich skizziert.

Ich habe im Frühjahr mit einem Zitat die Haushaltrede begonnen und ich wiederhole es gern.

Was Zukunft anbelangt, so haben wir nicht die Aufgabe sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen.

Ist Ihre Skizze, sehr geehrter Herr Landrat und unser Anspruch, Zukunft zu ermöglichen, mit dem Zahlenwerk, das wir gleich verabschieden deckungsgleich, dann haben wir keine Probleme dem Haushalt zuzustimmen.

Integration

Wir haben die drängende Aufgabe der Integration, im Kreis Warendorf im Frühjahr angesprochen, jetzt wird konkret angepackt.

Wir sichern mit dem Projekt Integrationsbericht die Bestandsaufnahme und erarbeiten eine Handlungsanleitung in ganz enger Einbeziehung der Städte und Gemeinden und mit wissenschaftlichem Anspruch, begleitet durch einen Sozialplaner.

Mit den Einbürgerungsveranstaltungen im Kreis, dem von der Verwaltung durchgeführten „runden Tisch“ und der Klarstellung in der gesetzlichen Aufgabe, die keinen Zweifel aufkommen lässt,

dass diejenigen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, auch bleiben können, die anderen aber zur Ausreise verpflichtet sind, haben wir die aufgeregte öffentliche Debatte auf die sachliche geführte Gesprächsebene zurückgeführt.

Dabei wäre es mir wichtig, Herr Landrat darauf hinzuweisen, dass die Behauptungen aus kirchlichen Kreisen und von Amnesty International, die Ausländerbehörde des Kreises habe der abgeschobenen Familie Kiddinan im Oktober 2006 die ID-Karte abgenommen und das sei der Grund, warum die Familie vor Ort keine Arbeit bekomme, falsch sind. Leider hat auch die örtliche Presse diese emotionale aber faktisch nie belegte Behauptung immer wieder veröffentlicht.

Richtig ist vielmehr, dass die ID- Karte von der srilankischen Botschaft, im Rahmen der Passersatzpapierbeschaffung bereits im Januar 2001 beim Generalkonsulat Sri Lankas in Bonn eingezogen wurde.

Das zeigt, wie wichtig auch öffentliche Zurückhaltung bei solchen Themen angezeigt wäre, um nicht Emotionen zu schüren, Vorurteile zu angeblicher Behördenwillkür zu schüren.

Hier haben vor allem die Medien eine besondere Pflicht zur Sorgfalt.

Vom Einzelfall zum Gernerellen:

- **Integration** ist eine Aufgabe, die uns zukunftsfähig macht. Sie mithilft, Zukunft für die Menschen zu gestalten. Sie erschließt uns brachliegende Personalressourcen für den Arbeitsmarkt, sie verhindert Parallelgesellschaften und Gettoisierung.
- Sie ist eine Maßnahme, die Sozialisation erleichtert, Bildungschancen für die Betroffenen eröffnet und damit Qualifikationen für Arbeitsmarkt möglich macht.

Wer durch Bildungsabschlüsse qualifiziert ist, wer der deutschen Sprache mächtig ist, kann teilhaben an der Arbeitswelt und erschließt sich damit den wesentliche Voraussetzung für soziale Integration und Zukunftschancen.

Wer Arbeit hat, wird nicht zur Last der Sozialsysteme, entlastet die Städte und Gemeinden. So schließt sich der Kreis.

Also eine Aufgabe, die für alle Beteiligten Vorteile bietet aber auch zwingend erforderlich ist.

Ich sage aber auch unmissverständlich für die CDU Fraktion, Integration ist keine Einbahnstraße! Wer nicht integrationswillig ist, muss die Sanktionen der Gemeinschaft akzeptieren. Wir erwarten von den Menschen die hier leben wollen, dass sie Rahmenbedingungen kennen, Wertvorstellungen wie die Frage der Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft und im Recht anerkennen und sich ernsthaft und nachvollziehbar bemühen, sich über die Erlangung der Sprache die grundlegende Kompetenz zur Teilhabe zu erarbeiten.

Wer das nicht will, gehört nicht in diese Gemeinschaft!

Schule und Prävention

Wir stellen zwei Schulpsychologen ein und setzen damit das gute Landesprogramm, das auf die beängstigenden Entwicklungen an unseren Schulen reagiert, als Kreis um.

Damit helfen wir den Schulen und den Schülern nachvollziehbar.

Wir nehmen Geld in die Hand, um in der Prävention zu arbeiten.

Wir werden, für den Fall, dass das Land eine ähnliche Lösung zur Bedarfsdeckung bei Schulsozialarbeiten anbietet, auch diesen Schritt mitgehen und unseren Beitrag leisten.

Auch das ist zukunftsgerichtete Politik im Kreis.

Neue Chancen für Kinder und Familien

Wir setzen das Kibiz erfolgreich um und nehmen allein für diese Aufgabe 4,5 Millionen Euro in die Hand

Alle aufgeregten Diskussionen, der Hinweis, Kibiz ist Mumpitz, wie an der Kita in Warendorf in großen Lettern auch heute noch zu

lesen ist, haben sich gelegt, die Umsetzung beginnt, man kehrt zur Sachlichkeit zurück.

Das Kibiz in seiner Zielsetzung ist nicht Mumpitz, ist notwendige Anpassung an veränderte Notwendigkeiten.

Wir verbessern das Angebot durch größere Wahlfreiheit, wir schaffen ein besseres und differenziertes Betreuungsangebot für die U 3 Kinder und wir sichern die Förderung der Sprachfähigkeiten und damit der Schulfähigkeit für unsere Kinder.

Wir wollen, dass kein Kind mehr eingeschult wird, dass die deutsche Sprache nicht so gut beherrscht, dass es problemlos dem Unterricht folgen kann.

Bei den im Jahr 2007 erstmals durchgeführten Sprachstandsfeststellungen wurde die Sprachfähigkeit von 180.000 Vierjährigen überprüft. Bei 19% (34.000 Kindern) wurden Mängel erkannt, die nun durch gezielte Förderung im Kindergarten behoben werden. Hiermit geben wir besonders Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus sozial schwachen Familien gezielte Unterstützung. Das passt zur Integrationsproblematik.

Das ist nicht Mumpitz, das ist das Aufarbeiten dessen, was politisch unter Rot-Grün bekannt aber nicht angegangen worden ist.

Kibiz verbessert die Betreuungsangebote

So werden landesweit aus heute 16.000 im Jahr 2010 mindestens 66.500 Betreuungsplätze ohne Tagespflege ermöglicht. Ein Quantensprung in der Versorgung mit Betreuungsplätzen auch im Kreis.

Kein Mumpitz sondern Zukunftsgestaltung für Familien und Kinder!

Mehr Bildung, mehr Beratung und individuelle Förderung wird durch das neue Gesetz möglich, das ist zukunftsweisend und hilft rechtzeitig Defizite zu erkennen und dann durch individuelle Förderung zum Wohl des Kindes auszugleichen.

Sicher, ein so stark verbessertes Angebot, Bildungs- und Erziehungskonzepte der Träger als Nachweis ihrer Kompetenz, und inhaltlich bildungsbezogene Angebote, haben ihren Preis.

Das wird auf ein ganzes Haushaltsjahr ca. 1,3 Millionen Euro Mehrkosten bei den Betriebskosten verursachen, die über die Jugendamtsumlage abgedeckt werden.

Kostenneutral ist das neue Angebot für die Eltern – zumindest weitestgehend – für die kommunalen Haushalte nicht.

Damit wird, bei aller Zustimmung, ein Stück staatlicher Aufgabe durch Lastenverteilung kommunalisiert, das Konnexitätsprinzip der Verfassung in Teilbereichen unterlaufen, das ist so und das reden wir auch nicht schön!!

Ich bin aber dankbar, dass wir das Finanzierungsproblem mit den Bürgersmeistern im Gleichklang gelöst haben, das ist auch ein Zeichen von guter und interkommunaler Zusammenarbeit.

Dass die FDP den Antrag zur Umsetzung im Kreishaushalt stellte, sich also einem sozialen Profil nähert, ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen und bemerkenswert.

Neue Chancen für die Familien, dazu passt auch das Cochumer Modell!

Wir sind in der Themenstellung „Befriedung von Scheidungsfamilien“ im Sorgerecht mit der Diskussion um das Cochumer Modell um Meilen weiter als vor einem Jahr.

Wer hätte das denn für möglich gehalten, dass wir dieses Thema von der Fachebene in den Verwaltungen und der Justiz auf die politische Ebene heben? Wer hätte geglaubt, dass wir diese Thematik nicht nur diskutieren, sondern Veranstaltungen anregen und die Verwaltung auch von der Sinnhaftigkeit überzeugen können?

Ich bin Eckehard Müller und seiner Fraktion als dem maßgeblichen Motor in dieser Thematik, dankbar, dass die Grünen mit Fakten zur Problemstellung überzeugten, dadurch die Voraussetzungen für unsere Zustimmung schuf und damit eine Mehrheit im Kreistag sichergestellt war.

Die Anhörung der Fachleute mit dem Richter aus Cochem war auch dank der fachlichen Begleitung durch unseren Kreisdirektor Heinz Börger und in der Vorbereitung von Herrn Rüting ein voller Erfolg. Jetzt gilt es an dieser guten Ausgangslage weiter zielführend zu arbeiten.

Konflikte in den Familien zu minimieren, Scheidungskinder mit ihrem Interesse ausschließlich in den Fokus der Überlegungen zu stellen, auch das ist familienfreundlich, dass ist zukunftsweisend.

Wir wollen die Einrichtungen von Familienzentren an Tagesstätten und Grundschulen. So haben CDU und FDP es versprochen.

Wir setzen das Landesprogramm der Einrichtungen Familienzentren um und fördern mit erheblicher Mittelausweitung auch den Beratungsbedarf, indem wir insgesamt **73.000 Euro über den Ansatz 2007** für die Träger der Beratungsangebote zur Verfügung stellen.

Das sind keine gefühlten Bedarfe, sie werden konkret nachgefragt, wie die Konferenz der Ganztagsgrundschulen im Kreis vor wenigen Tagen verdeutlichte, die allesamt begleitende Beratung einforderten.

Niederschwellige Angebote wohnnah, flexibel und nachfrageorientiert vorzuhalten und abzurechnen, so wollen wir die Unterstützung der Zentren verstanden wissen.

Insofern ist unser Hinweis, die 50.000 € für die Erziehungsberatung im Mehrbedarf nicht zu Deckeln sondern bedarfsorientiert auch 2009 anzupassen, richtig gewählt.

Das ist familienfreundlich. Wir halten, was wir versprochen haben!

Der völlig unqualifizierte Vorwurf des Geschäftsführers von Pari-Sozial, der Kreis bevorzuge kirchliche Träger und ignoriere die

guten Konzepte von PariSozial trübt die eigentlich gute Botschaft nicht, die heute vom Kreistag ausgeht.

Es ist einfach wahrheitswidrig wenn er am 1.12. in der Glocke behauptet, er habe am 22. Oktober einen Antrag auf Zuschüsse gestellt. Die Fraktionen haben einen solchen Antrag nicht gesehen.

Wenn Herr Zöller durch Abwesenheit im Fachausschuss glänzt, wo er doch die Chance hätte, Konzepte rechtzeitig vorzustellen und um Mehrheiten zu werben, diesen Mangel persönlicher Pflichtausübung aber als Schuldzuweisung an Kreisverwaltung und Politik umdeuten will, dann disqualifiziert er sich selbst,

Ich habe das im Kreisausschuss schon sehr deutlich angesprochen.

Neue Chancen für unsere Schüler

„Wichtig für den Bildungsweg und den Bildungserfolg ist die individuelle Förderung und Erziehung zur Persönlichkeit“

Und weil das so ist, wollen wir mit unseren Möglichkeiten hier mithelfen das Bildungsangebot zu verbessern.

Wir stellen für die Ganztagschulen im Grundschulbereich erstmals über die Erträge aus den Dividenden der RWE Aktien 70.000 Euro für die musikalische Ausbildung zur Verfügung.

Unser Antrag, verehrter Kollege Juli, ist kein roter Wein in schwarzen Schläuchen.

Die Schlagzeile hat schon verwundert, weil sie den Eindruck des Plagiats vermittelt.

Wir stellten keine Anträge, die andere Fraktionen bereits gestellt haben. Wenn die gut waren, wie der Antrag der Grünen zum Umwelt-Award oder zur Kostenübernahme beim Kibiz durch die FDP, dann stimmen wir dem zu.

So etwas Neues und Zukunftsweisendes ist aber der SPD nicht eingefallen.

Wir wollten von vornherein keine Verwahrnstanalten an den Schulen, wie es die SPD–Landesregierung plante, wir wollten pädagogischen Inhalt, wie das auch im neuen Kibiz deutlich wird.

Wir wollen sinngebende Bildung, das Heranführen an Musik und Literatur und erreichen damit, auch das ist zukunftsorientiert, ein Klientel, das bislang nicht vollständig der Musikschule zugänglich war.

Vielleicht auch eine Zukunftsinvestition in die Sicherung einer tragenden Kultureinrichtung, die die CDU Fraktion nie in Frage gestellt hat.

Wir sollten überlegen, ob wir die von der Sparkasse unterstützte Idee, **jedem Kind eine Stimme,**

Förderung 50% Land, 20% Kommunen und 30 % Sparkasse, wie in Münster, auch für unseren Kreis aufgreifen und mit den Bürgermeistern als Angebot für unsere Schulen möglich machen.

Die CDU-Fraktion würde sich freuen,

Herr Landrat, wenn in einer Dienstbesprechung diese Möglichkeiten erörtert werden könnten.

Im Übrigen fördern wir über die GFK mit ca. **2 Millionen Euro**, außerhalb des Kreishaushaltes und damit unmittelbar kreisumlage-wirksam, ein breites Kulturangebot im Kreis. Würden wir diese Aufgaben aus dem Haushalt finanzieren, müssten wir heute die Kreisumlage nicht um 4 Punkte senken sondern gegenüber dem Entwurf um einen Punkt anheben!

Kultur- und Bildungsangebote sichern und behutsam entwickeln, dabei Finanzbelastungen der Städte vermeiden, besser kann man Zukunftssicherung finanzwirtschaftlich nicht gestalten.

Ich bin dankbar, dass dies in diesem Jahr von keiner Fraktion in Frage gestellt wird.

Neue Chancen für Schüler, darunter subsumiere ich auch die Investitionen in unsere Einrichtungen.

Daher haben wir uns dafür stark gemacht, die Sanierung des Berufskollegs in Beckum mit einem Invest von 6 Millionen über 3 Jahre zu stemmen. - gegen die Auffassung der Bürgermeister!-

Gute und zukunftsgerichtete Erweiterung Bildungsangebote, wie wir sie auch heute beschließen sind der inhaltliche Beitrag zur Zukunftsfähigkeit, räumliche Rahmenbedingungen sind die Sachbedingungen, um gute Inhalte auch in angemessener Umgebung vermitteln zu können.

Mit 235.000 Euro haben wir im laufenden Jahr die Lehrküche im Berufskolleg in Warendorf auf den technisch neuesten Stand gebracht.

Damit wird eine fundierte Ausbildung in allen Bereichen moderner Küchentechnik an 16 Arbeitsplätzen ermöglicht.

Ein weiterer Beitrag zur Sicherung guter Ausbildung die unsere jungen Menschen zukunftsfähig macht.

Diese erfolgreiche Politik setzen wir mit der Sanierung des Berufskollegs Beckum fort, wohlwissend, dass wir schon heute die Haushalte der nächsten Jahre um jeweils 2 Millionen Euro belasten.

Eigenverantwortung und Bürgersinn stärken

Das ist das von CDU und FDP auf der Landesebene verfolgte Ziel, dass wir im Kreis Warendorf mit unseren Beiträgen zum innovativen Radwegebau umsetzen.

Bürgerschaftliches Engagement fördern, gute Landespolitik ergänzen, umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur an Kreis- und Landstraßen schaffen, das wollen wir mit der erhöhten Mittelzuweisung von 130.000 für den innovativen Radwegebau erreichen.

Ich bin froh, dass das jetzt auch interfraktionell so gesehen wird, nachdem das diesjährige Ergebnis mit 110.000 Euro Mittelvergabe auch die Skeptiker in der SPD überzeugt hat.

- Das ist bürgerfreundlich,
- das ist haushaltsfreundlich, weil durch privates Engagement öffentliche Infrastruktur geschaffen wird und
- das ist ein Stück Zukunftsgestaltung und Nachhaltigkeit für umweltfreundliche Verkehrsmittel.

Neue Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Wir wollen Wirtschaftsförderung stärken, damit bestehende Arbeitsplätze sichern und Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze verbessern.

Das haben wir u. a. durch die Bildungsangebote und gut ausgestattete Bildungseinrichtungen deutlich gemacht.

Der Kreis als Gebietskörperschaft kann keine neuen Arbeitsplätze schaffen, das ist Aufgabe der Wirtschaft.

Wir können aber mithelfen, Rahmenbedingungen, Fördervoraussetzungen Beratungsangebote und Kontaktvermittlung mit der Wirtschaft und für die Wirtschaft zu gestalten.

Die GfW wird neu ausgerichtet und sie ist mit der Projektausrichtung und der Clusterbeschreibung auf die neuen Rahmenvorgaben der Landes –und Europaförderungen aufgestellt. Ein weiterer Beitrag der als Service für die heimische Wirtschaft verstanden und gewertet werden sollte.

Mit dem Tag der Wirtschaft setzt der Landrat ein weiteres deutlich sichtbares Zeichen, dass Wirtschaftsförderung im Kreis keine Worthülse ist und wir den Dialog mit der Wirtschaft wollen, damit in unserem Kreis auch in Zukunft die Menschen Arbeit und Wohlstand finden.

Auch hier bin ich froh, dass wir nach kontroverser Diskussion der Vergangenheit interfraktionelle Übereinstimmung in der Zielsetzung haben.

Die Politik ist durch ihre Mitwirkung im Aufsichtsrat nun zeitnah an der Ausrichtung und Zielbeschreibung der GfW beteiligt. Auch das haben wir vor der Landratwahl versprochen und umgesetzt.

Soziale Verantwortung und christliche Werte sind im Haushalt nachvollziehbar.

Wir haben an den von mir dargelegten Beispielen deutlich gemacht, dass Chancenerarbeitung und Zukunftsgestaltung sich in ganz konkreten Haushaltsstellen ganz konkret spiegeln.

Unser Orientierungsmaßstab ist das christliche Menschenbild, aus dem sich die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ableiten.

Das wird in unseren Schwerpunkten des Haushaltes auch deutlich, unter anderem in unserem Ja zur Unterstützung der Schwangerschaftskonfliktberatungen mit weiteren 15.000 Euro, um ganz gezielt, in sozialen Notlagen und nach ärztlicher Begleitung, Hilfe zu geben, um Schwangerschaften zu vermeiden, bevor am Ende die Tötung ungeboren Lebens als „so genannte Ultima-Ratio“ übrig bleibt.

Wir machen nicht mal einfach den Medizinschrank auf!

Wir haben klare Bedingungen für dieses Hilfsangebot formuliert und wir sind sicher, dass unsere qualifizierten Beratungsstellen den Einsatz der Mittel sehr verantwortlich regeln.

Das verdeutlicht gelebte christlich begründete Verantwortung, Solidarität mit den Menschen am Rande der Gesellschaft, die unsere Hilfe brauchen. Das rechtfertigt den öffentlichen Mitteleinsatz, um ethisch nur schwer zu ertragende Tötungen im Schutzraum des Mutterleibes zu verhindern.

Die CDU Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei den Fraktionen für die Zustimmung zu unserem Antrag, der einen deutlich anderen Begründungsschwerpunkt hat, als die der Antragsteller.

Ich möchte aber auch in besonderer Weise den Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen für ihren hohen sozialen Einsatz, ihre schwere Arbeit im Spannungsfeld zwischen „werdendes Leben erhalten“ und gleichzeitig Alltagsleben in den schweren Rahmenbedingungen der Familien zu ermöglichen, danken.

Ich bin sicher, ich sage das im Namen aller Mitglieder des Kreistages.

Neue Chancen für nachhaltige Finanzen

CDU und solide Finanzpolitik sind im Kreis Warendorf seit langem wie siamesische Zwillinge, untrennbar miteinander verbunden.

Weil das so ist, setzen wir auch 2008 diese Politik konsequent fort.

Mit dem NKF Haushalt 2007 und dem heute zur Abstimmung anstehenden Haushalt wird das Prinzip der Nachhaltigkeit und der Gemeindefreundlichkeit erneut ganz deutlich unterstrichen.

Gemeindefreundlichkeit der Kreisfinanzen wurde uns bereits durch die Rechnungsprüfungsanstalt bestätigt. Wir lassen aber nicht nach, sondern setzen noch auf das gute Ergebnis eins drauf.

Wir erlassen heute einen Teil der Kreisumlage für die Städte und Gemeinden in einer Größenordnung von 4,137 Millionen Euro.

Das ist keine Pflicht des Kreises, das wird in anderen Kreisen des Landes durchaus nicht umgesetzt.

Wir gestalten aus empfundener Verantwortung mit unserer Entscheidung gemeindefreundliche Finanzpolitik!

Wir hätten sehr gut und begründbar auch diese Mehreinnahme mit unseren Risiken verrechnen können und unsere nicht vorhandene Liquidität entschärfen können.

Denn das wir hier deutliche Probleme haben und ein wesentliches Ziel der Finanzwirtschaft nicht erreichen, wird in der Bilanz deutlich und im Haushalt ablesbar.

Unsere Kassenkreditaufnahme ist deutlich zu hoch, kostet uns im laufenden Haushalt 150.000 Euro an Zinsen, Geld, das wir für andere wichtige Aufgaben gebrauchen könnten

Stattdessen entscheiden wir uns in voller Übereinstimmung mit dem Landrat dafür, den Städten und Gemeinden, dieses Geld zu geben, um ihre eigenen Haushalte zum Ende des Jahre deutlich zu entlasten.

Wir haben in unseren Gesprächen vor Ort zugesagt, die Umstellung der Haushalte auf NKF mit unseren Möglichkeiten zu erleichtern. Dieses Versprechen setzen wir mit der Rückgabe Millionen und der Senkung des Kreisumlagesatzes von 4 Punkten nachweislich um

Nicht nur, dass wir für den laufenden Haushalt die 4,137 Millionen den Städten und Gemeinden erlassen, wir verzichten auch durch heute zu beschließende Senkung der Kreisumlage auf weitere 11 Millionen Euro Gestaltungsmasse, die dem Kreis als eigenständige Finanzmittel rechtlich unbestreitbar zur Verfügung stehen.

Deshalb zur Verfügung stehen, weil die Städte und Gemeinden mit mehr als 30 Millionen höherer Einnahme aus verbesserter Steuerkraft ausgestattet sind.

Kurzum, ich will es abkürzen, wir geben den Mitnahmeeffekt für den Kreishaushalt an die Städte und Gemeinden zurück.

Das unterstreicht auch für den Haushalt 2008 die Ausrichtung unserer Politik auf die angemessene Berücksichtigung der Interessen unsere Städte und Gemeinden.

Wer sich im Umland umsieht, der kann einschätzen, dass das keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir setzen mit dieser Entscheidung eine **Orientierungsmarke** im Münsterland, die durchaus nicht von allen Landräten mit Zustimmung kommentiert wird.

Wer aber trotz dieser bis an das Maß des Möglichen gehenden Weitergabe der Finanzen an die Städte und Gemeinden von **Luft im Finanzdelta spricht, ob aus Bürgermeistermund oder über FDP Presseerklärung, der redet wider besserer Einsichtsmöglichkeit und wider besseres Wissen!**

Ich bin froh, dass diese Diskussion sich gelegt hat, eben weil die objektiven Haushaltsdaten mit allen Beteiligten kommuniziert wurden.

Information durch Kommunikation beseitigt Fehldeutungen, das ist durch die Gespräche mit Fraktionsvorsitzenden in den Städten und Gemeinden und mit den Bürgermeistern und mit den Fraktionen im Kreistag gelungen.

Für das große Maß an Übereinstimmung bin ich dankbar.

Wir setzen die Entschuldung konsequent fort,

wir schaffen Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro.

Damit vermeiden wir Zukunftsbelastungen für die nachfolgende Generation. Man nennt das Nachhaltigkeit !

Wir verabschiedeten heute die Eröffnungsbilanz in kritischer, aber konstruktiver Begleitung der Bürgermeister.

Sorgfältig erhobene Vermögensermittlung, keine Tricks bei der Feststellung des Vermögens aber keine ausreichende Liquidität, auch das ist nachvollziehbares Ergebnis der Eröffnungsbilanz.

Kurzum, auch hier waren vertrauensbildende Maßnahmen der richtige Weg ,um ein Fundament zu schaffen, auf dem zukünftige Haushalte aufbauen. Ein von allen Seiten getragenes Fundament, das kein latentes Misstrauen rechtfertigt

Welches Fazit ziehen wir aus dem heutigen Sachstand?

Ihre Ziele, Herr Landrat,

gemeindefreundlicher,

nachhaltiger,

wirtschaftsfreundlich ausgerichteter

und damit zukunftsichernder Kreispolitik finden wir im vorgelegten Entwurf wieder.

Diese Ziele beinhalten soziale Verantwortung, familienfreundliche Gestaltung der Angebote in der Kinderbetreuung und der Bereitstellung zahlreicher Hilfsangebote. Wir sichern in großem Umfang Pflegeangebote und Bildung bei hohem Standart in der Kulturförderung.

Wir begrüßen ausdrücklich die Unterstützung unserer Politik auf dem Weg hin zur Chancengesellschaft durch nachvollziehbare Haushaltsansätze in Wirtschaftsförderung, Bildung, Kultur und sozialer Infrastruktur.

Ihre Haushaltsvorgaben und unsere Ziele sind deckungsgleich und werden konkret im Haushalt sichtbar.

Diese Ziele sind offenbar auch in breitem Konsens heute zustimmungsfähig, so jedenfalls der Eindruck nach den Ausschussberatungen.

Das war ja im Frühjahr noch anderes, obgleich wir das nicht verstanden haben, denn der heutige Haushalt setzt die Kontinuität verantwortlicher Kreispolitik fort.

Hieß es noch in diesem Frühjahr aus dem Mund des SPD Fraktionsvorsitzenden

Zitat: „Mit Ihnen Herr Landrat ist nicht gut Kirschen essen“,

so ist die Feststellung des finanzpolitischen Sprechers der SPD bei der Veranstaltung der SGK

„Dieser Haushalt ist gemeindefreundlich und ausgewogen“

doch ein Meilenstein in der Entwicklung weg von der Konfrontation hin zum Dialog.

Ich sage im Namen meiner Fraktion, nach den Erfahrungen aus einem vollen Jahr Amtszeit des Landrates deutlich,

allerdings mehr angepasst an die Adventzeit.

Mit Ihnen, Herr Landrat , ist sehr gut Kirschen essen!

Mit Ihnen, Herr Landrat, kann man auch harte Nüsse knacken.

Das haben wir u.a. mit der Neuausrichtung der GfW erlebt.

Sie nehmen die ehrenamtliche Politik durch Einbindung mit, sie grenzen nicht aus, sie führen zusammen.

Das ist unsere Bewertung ihrer Arbeit und der Zusammenarbeit mit den Fraktionen und dem Kreistag.

Dafür ganz herzlichen Dank.

Was Zukunft anbelangt, so haben wir nicht die Aufgabe sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen.

Die CDU Kreistagsfraktion stimmt wegen der Übereinstimmung von Haushaltsdaten und unserer Zielsetzung dem jetzt vorliegenden Haushalt aus voller Überzeugung zu.

Er schafft auch für 2008 die Grundlagen Zukunft für die Menschen im Kreis Warendorf zu ermöglichen.

Ich bedanke mich ganz besonders beim Kämmerer Dr. Stefan Funke für die fachliche Begleitung während der Haushaltsberatungen und über das ganze Jahr.

Will das mal deutlich machen, dass sein Einsatz auch über das Wochenende den Fraktionen und den kommunalpolitischen Verbänden der Parteien für Informationen an der Seite zu sein, Hintergründe auszuleuchten, Zusammenhänge zu erklären durchaus nicht selbstverständlich ist.

Da ist sehr viel persönliche Einsatzbereitschaft erkennbar, die es uns leichter macht, die Haushaltspolitik zu verstehen.

Der Kämmerer leistet mit seinem Team gerade bei der Haushaltseinbringung ganz wesentliche Vorarbeit für gute Kreispolitik.

Dafür, sicher im Namen aller Fraktionen, einen ganz besonderen Dank.

Ich begrüße ausdrücklich die sich abzeichnende Rückkehr zur uneingeschränkten Dialogbereitschaft in allen Fraktionen nach überwundenem Landratswahlkampf.

Schließen möchte ich mit dem Wunsch auf weitere zielführende Zusammenarbeit und mit dem Dank an meine Fraktion für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und den uneingeschränkten Rückhalt für meine Arbeit über das ganze Jahr.